

Chef vom Dienst:
42 800/2971 (Durchwahl)
Montag bis Freitag 7.30 bis 19 Uhr,
Samstag 10 bis 17 Uhr,
Sonn- und Feiertag 12 bis 17 Uhr,
übrige Zeit: Tonband

rathauskorrespondenz

gegründet 1861

rk

Impressum: Medieninhaber, Herausgeber und Druck: Presse- und Informationsdienst (MR 53), Rathaus, 3. Stiege, 1082 Wien, Redaktion: Rathaus,
3. Stiege, 1082 Wien, Telefon 42 800/2971 Durchwahl, Telex 133240, Chefredakteur Dr. Rudolf Gerlich, Verlags- und Herstellungsort Wien.
Gesetzt in der Helvetica 11 Punkt, Zeilenbreite 12,5 cm, ca. 70 Anschläge/Zeile. Auf Recyclingpapier gedruckt!

Mittwoch, 19. Oktober 1988

Blatt 2055

Heute in der „RATHAUSKORRESPONDENZ“:

Kommunal/Lokal:

- 80.000 Schilling für Selbsthilfegruppen (2056)
- Saatgutbeerntung in den Quellschutzgebieten (2058)
- INGESO 2 — Der Modellversuch der weiteren Integration von Gesundheits- und Sozialeinrichtungen der Stadt Wien (2061/2061)
- Radioaktive Quelle gestohlen (2062)
- Wiener ÖVP fordert Sofortmaßnahmen zur Verkehrsberuhigung (2063)
- Häupl zur Problematik des Atomkraftwerkes Temelin (2064/2065)
- Hatzl: FPÖ macht sich unglaubwürdig (2066)

Bezirke:

- Neuer Flächenwidmungsplan für Schrebergärten (2057)

Kultur:

- Anerkennungsstipendium für Violinistin (2059)

80.000 Schilling für Selbsthilfegruppen

Wien, 19.10. (RK-KOMMUNAL) In Vertretung von Vizebürgermeister Ingrid SMEJKAL übergab Dienstag nachmittag GR. Ilse FORSTER insgesamt 80.000 Schilling an Selbsthilfegruppen aus dem sozialen Bereich.

Der Betrag stammt aus dem Selbsthilfegruppen-Fonds und ging an die Gruppen „Pensionisten helfen Pensionisten“, „Elternkreis Drogengefährdeter und Drogenabhängiger“, „Kind, Familie, Umwelt“ und den „Wiener Gehörlosenverein“. Den Selbsthilfegruppen-Fonds, der die Gruppen bei ihrer Tätigkeit finanziell unterstützen soll, gibt es auf Beschluß des Wiener Gemeinderates seit dem Jahr 1985. (Schluß) jel/rr

Neuer Flächenwidmungsplan für Schrebergärten

Wien, 19.10. (RK-BEZIRKE) Für die Kleingartenanlage Michaelerwiese in Hernals wurde ein neuer Flächenwidmungs- und Bebauungsplan ausgearbeitet. Mit der vorliegenden Planung soll die bestehende kleingärtnerische Nutzung gesichert und die bestehende Bebauung berücksichtigt werden.

Der Entwurf liegt vom 20. Oktober bis 17. November während der Amtsstunden (Montag bis Freitag von 8 bis 15.30 Uhr, am Donnerstag bis 17.30 Uhr) in der Magistratsabteilung 21, 1, Rathausstraße 14-16, 2. Stock, zur öffentlichen Einsicht und Stellungnahme auf. (Schluß) end/bs

Saatgutbeerntung in den Quellschutzwäldern

Wien 19.10. (RK-KOMMUNAL) Das Forstamt führt nächste Woche eine großangelegte Aktion der Saatgutbeerntung und -bevorratung in den Quellschutzwäldern der Stadt Wien in der Forstverwaltung Hirschwang-Stixenstein in der Schneeberggegend, durch.

Heuer ist ein ausgesprochenes Samenjahr, das schon lange herbeigeseht wurde, da in Anbetracht des fortschreitenden Waldsterbens die Samenproduktion und Keimfähigkeit des Saatgutes beeinträchtigt wird, und bereits ein Engpaß bei diversen Samen vorlag. Die letzten Samenjahre liegen 6, 13 und 17 Jahre zurück.

Die städtischen Forstverwaltungen Hirschwang-Stixenstein und Naßwald führen diese Beerntung teils in Eigenregie, teils in Zusammenarbeit mit der FFW-St. Johann-Ternitz und dem österreichischen Bundesheer durch, die geeignete Geräte zur Verfügung stellen.

Beerntet werden die Baumarten Fichte, Tanne, Lärche, Rotbuche, Bergahorn und Eberesche. Insgesamt werden rund 10.000 Kilogramm Zapfen und Früchte gewonnen. Das gewonnene Saatgut wird in Behältern, getrennt nach Baumarten, Herkunftsgebieten und Höhenstufen, gesammelt und zur Klengung übergeben, das heißt der Samen wird von der Fruchthülle bzw. dem Zapfen getrennt. Erst der daraus gewonnene Samen wird für die Zucht von Forstpflanzen verwendet. Jährlich werden im Bereich der Quellschutzwälder über 500.000 Forstpflanzen gesetzt. Mit dem gewonnenen Saatgut ist die Versorgung mit Forstpflanzen, je nach Baumart für fünf bis zehen Jahre gesichert. (Schluß) du/bs

Anerkennungsstipendium für Violinistin

Wien, 19.10. (RK-KULTUR/KOMMUNAL) Ein Anerkennungsstipendium, das von der Magistratsabteilung 7 — Kultur für Studenten des Wiener Konservatoriums zur Verfügung gestellt wurde, überreichte Dienstag Vizebürgermeister Ingrid SMEJKAL an die Violinistin Bettina GRADINGER. Das Anerkennungsstipendium für Studierende an der Modeschule der Stadt Wien im Schloß Hetzendorf ging an eine Schülergruppe und wurde bereits im Juni überreicht. (Schluß) jel/bs

INGESO 2 - Der Modellversuch der weiteren Integration von Gesundheits- und Sozialeinrichtungen der Stadt Wien

INGESO 2 nennt sich ein Modellversuch zur weiteren Integration von Gesundheits- und Sozialeinrichtungen der Stadt Wien, den Vizebürgermeister Ingrid SMEJKAL Mittwoch präsentierte, und dessen erste Phase seit Anfang Oktober im 2. Bezirk angelaufen ist. Ziel von INGESO 2 ist die Verstärkung der Betreuung durch sozialpflegerische Dienste, um die Aufnahme von Patienten in Pflegeheime zu verhindern, Einweisungen in Spitäler zu vermeiden und eine raschere Entlassung von Patienten aus den Krankenanstalten zu erreichen, sagte Smejkal. Ausgewählt wurde der 2. Bezirk, weil er demographisch repräsentativ ist und gemeinsam mit dem 22. Bezirk einen Versorgungssektor bildet, für den mit der Krankenanstalt SMZ-Ost eine gezieltere stationäre Versorgung geschaffen wird.

Das Gesamtprojekt INGESO 2 sieht, abgesehen vom Ausbau der Sozial- und Pflegedienste, zu dem nun in der ersten Phase dieses Projektes konkrete Schritte gesetzt werden, die stufenweise Integration aller Einrichtungen vor, die auf dem Sozial- und Gesundheitssektor tätig sind und sich mit der Bereitstellung von Dienstleistungen befassen.

Die zahlreichen Angebote der Stadt Wien in diesen Bereichen sollen mit dem Angebot der niedergelassenen Ärzte, dem Rettungs- und Krankentransportwesen, mit privaten Hilfsangeboten und Selbsthilfegruppen, den Krankenanstalten, Pensionisten- und Pflegeheimen, dem Psychosozialen Dienst, usw. verbunden werden, führte Smejkal weiter aus.

INGESO 2 - die erste Phase

Insgesamt nimmt die Zahl der Hausbesuche der mobilen Krankenschwestern, deren Hauptaufgaben Injektionsverabreichungen, Blutdruck- und Pulskontrollen, Verbandswechsel, Katheterspülungen, Mobilisation (Beweglicherhaltung und Beweglichmachung von Patienten) sind, im Monatsdurchschnitt um 7,57 Prozent zu. Das liegt an einer größeren Anzahl von Neuanträgen, aber auch an der Problematik der zu behandelnden Fälle. Im Jahr 1987 absolvierten die mobilen Schwestern in ganz Wien insgesamt 247.951 Hausbesuche.

Sieht man von Anträgen auf Kurzzeitpflege in den drei Abteilungen im Pflegeheim Lainz und Baumgarten ab, dann sind die Anträge auf Aufnahme in städtische Pflegeheime im 1. Halbjahr 1988 (3.346 Anträge) gegenüber dem Vergleichszeitraum 1987 (3.366 Anträge) leicht zurückgegangen. Die überwiegende Zahl der Anträge wird für Patienten in Krankenanstalten gestellt. Gesunken ist die Zahl der Anträge auf Aufnahme in private Wohn- und Pflegeheime, gestiegen dagegen die Zahl der Anträge auf Kurzzeitpflege in den B-Stationen der Pensionistenheime.

Diese Zahlen kennzeichnen eine sozialpolitisch wünschenswerte Entwicklung, weil nach einer Entlassung aus stationärer Pflege Soziale Dienste zur Versorgung des Patienten in seiner gewohnten Umgebung eingesetzt werden können, unterstrich Vizebürgermeister Smejkal.

Im Rahmen der ersten Phase von INGESO 2 wurde nun im 2. Bezirk der Personalstand der mobilen Schwestern verdoppelt. Insgesamt acht mobile Schwestern können nun (statt wie bisher vier Schwestern, die jeweils von 7 bis 13 Uhr im Jahr 1987 17.602 Hausbesuche leisteten) Patienten bis in die Abendstunden versorgen. Damit wird es in Zusammenarbeit mit den niedergelassenen Ärzten des 2. Bezirkes und den Krankenanstalten möglich, auch jene Patienten zu versorgen, die auch nachmittags oder mehrmals täglich betreut werden müssen.

Diese intensive Tätigkeit der mobilen Schwestern erlaubt einerseits vorzeitige Entlassungen aus der Spitalspflege, auch wenn der Patient nachmit-

tags noch betreut werden muß, und verhindert bzw. verkürzt den Aufenthalt von Patienten in Pflegeheimen, erklärte Smejkal.

Im Rahmen des Modellversuches sollen vorerst verstärkt „geeignete“ Patienten, bei denen eine Versorgung im Zeitraum zwischen 7 und 19 Uhr möglich ist, aus den Krankenanstalten entlassen werden, niedergelassene Ärzte sollen auf eine Spitalsweisung in jenen Fällen weitgehend verzichten, bei denen eine ausreichende Betreuung durch die nun im Einsatz befindlichen acht mobilen Schwestern des Bezirkes gegeben ist.

Die mobilen Schwestern sind über ihren Stützpunkt in 2, Karmelitergasse 9, Tel.: 33 24 93, in der Hauptsache aber über die Zentrale in 1, Neutorgasse 15, Tel.: 535 99 34 erreichbar. Über eine automatische Anrufumleitung zum Sozialen Notruf sind die mobilen Schwestern bis 19 Uhr für Soforteinsätze erreichbar.

Die Leistungen der Sozialen Dienste

Eine steigende Tendenz zeigt die Zahl der Inanspruchnahmen von Heimhilfen. So betreuten im 1. Halbjahr 1988 2.905 Heimhelferinnen (das sind um 2,79 Prozent mehr als im Vergleichszeitraum 1987) um 2,24 Prozent mehr Klienten (11.738) als 1987. Auch der Zeitaufwand pro Klient ist um 4,05 Prozent auf rund 25 Stunden pro Monat gestiegen. Der finanzielle Aufwand für den Heimhilfedienst betrug im 1. Halbjahr 1988 283 Millionen Schilling, das sind um 7,4 Prozent mehr als im 1. Halbjahr 1987, resümierte Smejkal.

Durch die Schaffung eines Dienstes für erkrankte Kinder, deren Eltern berufstätig sind, sind die Leistungen der Familienhilfe ebenfalls angestiegen. Im 1. Halbjahr 1988 wurden 91 Familien betreut, im Vergleichszeitraum 1987 waren es 63.

Die Zahl der durch den Besuchsdienst betreuten Wienerinnen und Wiener hat um 1 Prozent auf 2.846 Personen zugenommen, die Betreuung selbst wurde intensiviert.

Der Wäschepflegedienst, der begleitend zur Heimhilfe eingesetzt wird, hat an Bedeutung eingebüßt. Der Reparaturdienst und Essen auf Rädern (im 1. Halbjahr 1988 wurden 5.552 Menüs pro Tag ausgeliefert) zeigt gleichbleibende Frequenzen.

Nach wie vor in steigendem Maß in Anspruch genommen wird der Reinigungsdienst, der gemeinsam mit der Heimhilfe eingesetzt wird, aber auch ohne Heimhilfe einmal monatlich zur groben Reinigung einer Wohnung in Anspruch genommen werden kann. (Forts. mgl.) jel/gal

Forts. von Blatt 2060

Radioaktive Quelle gestohlen

Gesundheitliche Belastung nur im Extremfall

Wien, 19.10. (RK-KOMMUNAL) Nach einem Austausch von nuklearmedizinischen Geräten im AKH wurde aus einem Lagerbereich ein Teil eines Gerätes, der eine radioaktive Quelle enthält, gestohlen. Eine gesundheitliche Belastung des Diebes wäre allerdings nur in einem Extremfall möglich.

Bei dem Gerät handelt es sich um einen Beta-Counter, ein medizinisches Meßgerät für radioaktive Proben. Dieses Gerät besitzt eine Eichquelle zur regelmäßigen Qualitätskontrolle des Gerätes. Die Eichquelle besteht aus einem umschlossenen Barium 133-Präparat mit einer aktuellen Quellstärke von etwa 3,2 Mikrocurie. Das entspricht etwa dem Dreifachen des Grenzwertes, unterhalb dessen jedermann in Österreich derartige radioaktive Stoffe besitzen kann, ohne dies der Behörde mitteilen zu müssen.

Das Gerät war durch den zuständigen Strahlenschutzbeauftragten, Prof. Dr. Werner SIEGHART, irrtümlich freigegeben worden. Es wurde vor einer weiteren Überprüfung und dem Abtransport zu einer Verwertung in einem abgegrenzten Lagerbereich abgestellt. Dort wurde ein Teil des Gerätes mit Gewalt demontiert. Als ein Physiker erkannte, daß hier möglicherweise eine Strahlenquelle vorhanden sei, wurde die Physikalisch-technische Prüfanstalt mit einer Überprüfung der abgestellten Geräte beauftragt. Dabei wurde festgestellt, daß ein Teil demontiert worden war.

Das radioaktive Präparat ist in einem kleinen metallischen Zylinder mit fünf Millimeter Höhe und 4,5 Millimeter Durchmesser fix eingeschweißt. Es befindet sich in einem metallischen Zylinder, der elf Zentimeter lang und sechs Millimeter dick ist. Die radioaktive Quelle ist aus diesem Führungszyylinder nur durch Gewaltanwendung entfernbar.

Die Quelle ist kaum gesundheitsgefährdend. Selbst wenn sie jede Woche 50 Stunden lang am Körper getragen würde, ergäbe sich nur eine Belastung, die etwa derjenigen eines Röntgenarztes entspräche. Nur wenn die winzige Quelle aufgebrochen wird, was nur mit Brachialgewalt möglich wäre, und der Inhalt verschluckt oder eingeatmet würde, müßte man mit einer gewissen Belastung des Organismus rechnen. (Schluß) sc/rr

Wiener ÖVP fordert Sofortmaßnahmen zur Verkehrsbeschleunigung

Tarifanpassung wird als falsch abgelehnt

Wien, 19.10. (RK-KOMMUNAL/POLITIK) ÖVP-Labg. Anton FÜRST lehnte am Mittwoch in einem Pressegespräch die Tarifanpassung der Verkehrsbetriebe als psychologisch falsch ab. Man müsse derzeit alles unternehmen, um den öffentlichen Verkehr attraktiver zu machen, das gelänge allerdings nur durch günstige Tarife, kürzere Wartezeiten und mit einem Beschleunigungsprogramm. Fürst forderte in diesem Zusammenhang ermäßigte Seniorentarife.

Weiters kritisierte Fürst das Verkehrskonzept für die geplante Weltausstellung, da hier von vornherein Verkehrszusammenbrüche im Straßennetz des Donauraumes in Kauf genommen würden. Als großes Versäumnis bezeichnete der ÖVP-Mandatar, daß es derzeit zuwenig Park-and-Ride-Stellplätze gebe. Bedauerlich sei außerdem, daß bis zur Weltausstellung 1995 weder die Verlängerung der U 1 nach Leopoldau noch die Verlängerung der U 6 nach Floridsdorf möglich sei. (Schluß) fk/bs

Häupl zur Problematik des Atomkraftwerkes Temelin

Wien, 19.10. (RK-KOMMUNAL) Umweltstadtrat Dr. Michael HÄUPL berichtete am Mittwoch in einem Pressegespräch über die im Auftrag der Stadt Wien vom Ökologie-Institut durchgeführte Studie über das Atomkraftwerk Temelin.

Die CSSR plant den weiteren massiven Ausbau der Kernenergienutzung. Im Jahr 2000 sollen bereits 50 Prozent des elektrischen Stromes in Atomkraftwerken erzeugt werden. Darüber hinaus ist auch an die Errichtung von Kernheizwerken gedacht.

Derzeit sind in der CSSR acht Reaktoren in Betrieb, und zwar je vier Blöcke mit 440 MW an den Standorten Dukovany und Bohunice. Zwei weitere Atomkomplexe sind in Bau: In Mochovce weitere vier mal 440 MW und in Temelin vier mal 1000 MW.

Häupl erklärte, daß er, gemeinsam mit Bürgermeister Dr. Helmut ZILK die Studie an den Bundeskanzler, den Gesundheitsminister und die Umweltministerin mit dem Wunsch weitergeben werde, daß die Studie der Tschechischen Regierung übermittelt werden solle. Die Stadt Wien trete in diesem Zusammenhang auch dafür ein, erwähnte Häupl, daß die Informationspflicht der CSSR ausgeweitet werden solle, und das eine Vereinheitlichung der Standards für Strahlenschutz erfolgen müßte.

Der Atomkomplex Temelin

In Temelin entsteht das bisher größte Atomkraftwerk der CSSR. Der erste Block soll 1992 in Betrieb gehen. Temelin ist nur 78 km von Freistadt entfernt. Es liegt 100 km nördlich von Linz und 180 km nordwestlich von Wien.

Für die Ausarbeitung radioaktiver Emissionen aus dem AKW Temelin, im Normalbetrieb genauso wie bei Störfällen, sind die meteorologischen Verhältnisse am Standort von Bedeutung. Für die Ausbreitung nach Österreich ist in erster Linie bestimmend, wie häufig der Wind aus nördlichen Richtungen bläst. Für Österreich ungünstige Windrichtungen kommen im Jahresmittel in knapp einem Drittel aller Fälle vor, im Sommer sogar in zwei Drittel. Daraus kann zwar nicht direkt abgeleitet werden, wie oft Luft aus Temelin nach Wien geführt wird, es zeigt jedoch, daß solche Fälle nicht gerade selten sind. Entsprechende Folgen eines Unfalls für den Raum Wien müssen daher einkalkuliert werden, unabhängig davon, welche statistische Wahrscheinlichkeit dafür besteht, da diese auf jeden Fall größer als Null ist.

Das AKW Temelin wird mit vier Reaktoren vom Typ WWER-1000 ausgerüstet. Alle WWER-Reaktoren sind Druckwasserreaktoren. Der WWER-1000 ist mit einer elektrischen Leistung von 1000 MW der bisher größte Druckwasserreaktor, der in den RGW-Ländern gebaut wird.

Im Druckwasserreaktor steht das Kühlwasser unter so hohem Druck, daß es im Reaktorkern nicht zu sieden beginnt. Es wird in einem geschlossenen Kreislauf, dem Primärkreislauf, umgewälzt und gibt die Wärme in einem Wärmetauscher, dem Dampferzeuger, an einen zweiten Kühlwasserkreislauf, den Sekundärkreislauf, ab. Das Wasser im Sekundärkreislauf steht unter geringerem Druck und beginnt im Dampferzeuger zu sieden. Der Dampf treibt die Turbine, wird kondensiert und als Wasser in den Dampferzeuger zurückgeführt. Restliche Wärme, die nicht in der Turbine in mechanische Energie umgesetzt werden kann, wird in einem dritten, offenen Kühlkreislauf an die Umwelt abgegeben. Im AKW Temelin werden pro 1000 MWe-Block 2000 MW Wärme über je zwei Kühltürme in die Atmosphäre abgegeben. Von den vier Blöcken des AKW Temelin wird jährlich eine Energiemenge als Abwärme in die Umgebung abgeführt, die zweimal so groß ist wie der jährliche Endenergieverbrauch der Stadt Wien.

Die Auswirkungen eines schweren Unfalls in Temelin auf Österreich

Die Menge radioaktiver Stoffe, die bei einer Kernschmelzhavarie in einem Atomkraftwerk freigesetzt wird, hängt vom Verlauf eines solchen Unfalls und von der Standhaftigkeit des Containments ab.

Je früher das Containment versagt, desto mehr radioaktive Stoffe gelangen in die Umwelt. Drei verschieden schwer verlaufende Kernschmelzunfälle wurden auf ihre Folgen im Raum Wien hin untersucht.

Für den Unfall mit den geringsten Folgen wurde angenommen, daß der Containment-Spray funktioniert, sodaß trotz Lecks der Großteil der aus der Schmelze freigesetzten Radionuklide im Containment zurückgehalten wird. In diesem Fall wäre die Deposition von Radionukliden in Wien etwas so hoch wie nach der Reaktorkatastrophe von Tschernobyl in Linz.

Bei schlimmeren Unfällen, wenn die Druckminderung im Containment versagt und dieses infolge des langsamen Druckaufbaus später zerstört wird, bzw. bei sofortigem Containmentversagen sind auch die Folgen entsprechend größer. Die Abschätzung des Ökologie-Instituts ergibt eine Bandbreite vom 4-fachen bis zum 20-fachen der derzeit in Österreich vorhandenen maximalen Kontamination (bezogen auf Cs-137).

Da ausschließlich trockene Deposition angenommen wurde, ist diese Abschätzung eine untere Grenze für die Verseuchung Österreichs nach einem Kernschmelzunfall im AKW Temelin. Die Folgen einer solchen Katastrophe könnten wesentlich größer sein, wenn es während des Durchzugs der radioaktiven Wolke regnet.

Mängel des Abkommens zwischen der CSSR und Österreich zur Regelung von Fragen gemeinsamen Interesses im Zusammenhang mit Kernanlagen

Nach der Reaktorkatastrophe von Tschernobyl scheint die Beschränkung dieses Abkommens auf kerntechnische Anlagen in der Nähe der gemeinsamen Grenze völlig unzulänglich. Bisher zeigte sich die CSSR aber nicht bereit, einer Erweiterung des Abkommens zuzustimmen. Eine Einbeziehung des Standortes Temelin muß daher erst in einer eigenen Expertenkommission beraten werden.

Selbst wenn das AKW Temelin in den Vertrag einbezogen würde, hätte Österreich wenig Möglichkeiten, auf das Projekt Einfluß zu nehmen. Erst sechs Monate vor der Inbetriebnahme müßte die Information durch die CSSR erfolgen, zu einem Zeitpunkt also, wo es für Änderungen an wesentlichen Teilen der Anlage sicher zu spät ist. Eine Diskussion über den Standort selbst ist zu diesem Zeitpunkt auf jeden Fall ausgeschlossen.

Wichtigster Teil des Abkommens ist jener, der die Information im Falle einer Reaktorhavarie regelt. Es ist ein grober Mangel des Abkommens, keinen gemeinsamen Standard für den Strahlenschutz festzulegen. Festgelegt wird lediglich, daß eine Information der österreichischen Behörden spätestens dann erfolgen muß, wenn in der CSSR Maßnahmen zum Schutz der Bevölkerung ergriffen werden. In der CSSR gilt aber für die Dosisbelastung der Bevölkerung ein Störfallgrenzwert von 25 rem, während in Österreich nur 167 millirem pro Jahr zugelassen sind (also rund ein hundertfünftel). Es ist also anzunehmen, daß die Information im Falle einer Havarie von seiten der CSSR erst sehr spät erfolgt bzw. bei kleineren Unfällen überhaupt ausbleibt. In solchen Fällen kann die österreichische Bevölkerung auch nicht rechtzeitig gewarnt werden. (Forts. mgl.) du/rr/bs

Forts. von Blatt 2064

Hatzl: FPö macht sich unglaubwürdig

Wien, 19.10. (RK-KOMMUNAL) „Man trägt nur zu seiner eigenen Unglaubwürdigkeit bei, wenn man gegen besseres Wissen Aussagen trifft, wie, daß die Verkehrsbetriebe in Wien ihr Leistungsangebot nicht verbessern“, sagte Verkehrsstadtrat Johann HATZL Mittwoch zu einer Presseaussendung des FPÖ-Stadtrates Dr. Rainer PAWKOWICZ. Hatzlerinnerte daran, daß er Dienstag bei der Präsentation des neuen Tarifes lange Listen der Verbesserungen der letzten drei Jahre — wie Nachtautobus, Betriebsverlängerung bei der U-Bahn, neue Tages-Autobuslinien, Linienverlängerungen und Anschaffung von neuen Garnituren um insgesamt mehr als eine Milliarde Schilling — und jener, die kommenden Jahr durchgeführt werden, insgesamt 25 wesentliche Linienverbesserungen allein 1989, vorgelegt habe. „Pawkowicz als langjähriges Mitglied des Gemeinderatsausschusses für Verkehr weiß das natürlich auch selbst, auch wenn er in seinen Presseaussendungen etwas anderes behauptet“, sagte Hatzl.

Entgegen den Aussagen von Pawkowicz seien in den letzten drei Jahren 200 Millionen Schilling für das Bevorrangungsprogramm ausgegeben worden. Allein 1988 wurden mit dem „Ampelprogramm“ große Schritte vorwärts gemacht, stellte Hatzl fest. Er habe allerdings noch in keinem einzigen Fall einen konkreten Vorschlag der FPö zur Beschleunigung einer Linie vernommen, schloß der Verkehrsstadtrat. (Schluß) roh/bs